

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

D Karlsruhe, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Zu einer bedeutenden Kundgebung waren heute vormittag hier die Vertreter der badischen Groß- und Kleinhandelsorganisationen versammelt, um ihrem Willen zur Wiedereinschaltung des freien Handels Ausdruck zu geben. Im Auftrage des badischen Handelstags eröffnete Geheimer Kommerzienrat Engelhardt aus Mannheim die Versammlung, der ausführte, heute sei die Zeit gekommen, den Handel von den lästigen Fesseln der Zwangswirtschaft zu befreien. Diese Zwangswirtschaft habe mit der Zeit dahin geführt, den legitimen Handel auszuschalten und den Schleichhandel großzuziehen. Das sei uns verhängnisvoll geworden. Heute könne der Schleichhandel nur mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden, wenn man die Zwangswirtschaft aufhebe und zum freien Handel zurückkehre. Nachdem namens der Karlsruher Handelskammer Kommerzienrat Gsell die Erschienenen begrüßt hatte, sprach im Namen der Regierung zunächst Minister Dietrich, der ausführte, daß es vor allem nötig sei, dem Handel die Möglichkeit des Verkehrs mit dem Ausland und dann diejenige des Verkehrs im Inland zu verschaffen. Wenn das restlos gelingen soll, dann müsse der Handel unbedingt frei sein und dann müßten die Zwangsorganisationen fallen. Allerdings werde sich das nicht so schnell ermöglichen lassen, wie man in den Handelskreisen da und dort hoffe. Nicht vergessen dürfe man, daß der Wiederaufbau des Handels mit dem Auslande auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen werde. Jetzt schon versuche die Entente unsere Auslandsguthaben zu beschlagnahmen. Gelinge ihr das, dann seien wir sehr schlimm daran, und deshalb werde es Aufgabe des Friedenskongresses sein, dies zu verhindern. Der zweite Redner, der für die Regierung sprach, Minister Dr. Haas, erklärte, daß die badische Volkregierung soweit als möglich die Wünsche des Handels zu erfüllen suchen werde. Die Zwangswirtschaft werde man aber nicht mit einem Walle aufheben können. Es werde notwendig sein, sie weiterbestehen zu lassen, wo sie unerlässlich nötig ist. Alle anderen Zwangswirtschaftsstellen werde man aber so schnell und so rücksichtslos wie nur möglich beseitigen. Heute wisse jeder Mann, rückschauend auf Vergangenes, daß ein gut Teil unserer wirtschaftlichen nationalen Größe auf der außerordentlichen Tüchtigkeit und dem Unternehmungssinn des deutschen Kaufmanns beruhe. Eine neue Zukunft könne sich Deutschland nur schaffen, wenn die Tatkraft des deutschen Kaufmanns mitbelfe. Der folgende Redner, Minister für Ernährungswesen Trunk, ging auf die großen Schwierigkeiten ein, die sich dem Abbau der Zwangswirtschaft entgegenstellten. In seinen Ausführungen sollte er der Beamtenchaft, die in den Kriegsjahren im Ernährungswesen tätig gewesen ist, volle Anerkennung geben. Sie habe ihr Bestes geleistet und sei an dem Mißerfolg unschuldig. Auch er sei der Ansicht, daß abgebaut werden müsse. Aber bei den erst jüngst gehaltenen eingehenden Besprechungen, an denen auch der Redner beteiligt gewesen sei, habe sich das Resultat ergeben, daß die Zeit für den sofortigen Abbau noch

nicht gekommen ist. Wir seien heute schlimmer daran als je einmal während des Krieges, denn unsere Nahrungsmittel neigen sich dem Ende zu. Nicht einmal auf die Obstversorgung werden wir im Interesse der Bevölkerung verzichten können. Das Volk muß noch mehr Geduld haben als während des Krieges. Soweit wie möglich werde aber auch er dafür eintreten, daß der Handel wieder freiere Bahn bekommt. Das werde auch möglich sein bei der Verteilung der Zufuhren aus Amerika. Auch das Ernährungsministerium werde den Tag ersehnen, an dem mit dem Abbau der Zwangswirtschaft begonnen werden kann.

In der nun folgenden Aussprache kamen Redner der verschiedenen Branchen (Textil, Getreide, Eisen usw.) zu Wort, die alle den schnellsten Abbau der Zwangswirtschaft forderten. Am Schluß der Versammlung wurden zwei Erklärungen angenommen, deren erste den Abbau der Zwangswirtschaft, der Kriegsgesellschaften und der Kommunalverbände sowie die Freigabe des Handels fordern. Die zweite Erklärung wendet sich gegen die unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen, die Absperrung vom Elsaß und der Pfalz und verlangt die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen.